

Konkurrenz schafft Solidarität

von Renate Merklein

In den öffentlichen Redeschlachten der Politiker und der Tarifvertragsparteien zum Thema Arbeitsplatzbeschaffung wird stets um komplizierte, bislang nicht bewährte Pläne zur Umverteilung angeblich knapper Arbeitsstellen gestritten.

Eines aber bleibt immer außer Betracht: die Frage, wie Welt- und Vize-weltmeister in Sachen Beschäftigung, die USA und Japan, ihren Erfolg wohl erreicht haben könnten.

Während die Zahl der Bürger, die in der westdeutschen Wirtschaft (ohne Staat) eine Erwerbsgelegenheit haben, seit 1970 bis jetzt um fast zweieinhalb Millionen und damit um 10,5 Prozent zurückging, gab es in Übersee und in Fernost kräftigen Zuwachs statt Schwund. In den USA wuchs die Masse derjenigen, die im Bereich der Wirtschaft (ohne Staat) einer Erwerbstätigkeit nachgehen können, zwischen 1970 und Anfang 1984 um mehr als 21,6 Millionen; die Zahl der Stellen hat sich damit während dieses Zeitraums um fast 33 Prozent erhöht.

Die Japaner, zweite in der Rangliste der erfolgreichen Beschäftigungs-Strategen, steigerten ihre Erwerbstätigenziffern (ohne Staatsangestellte) seit 1970 immerhin auch noch um fast sieben Millionen; die Zahl derjenigen, die in Japan eine Stelle haben, ist damit um rund 14 Prozent gestiegen.

Amerikaner und Japaner erzielten die beträchtliche Zunahme an Erwerbsgelegenheiten in ihren Ländern ohne all jene Maßnahmen zur Verteilung zuvor schon vorhandener Arbeitsstellen, über die politische und Tarifparteien derzeit in Westdeutschland streiten: ohne tarifliche oder gesetzliche Verkürzung der Wochenarbeitszeiten, ohne eine amtlich oder vertraglich verordnete Frühpensioenierung und auch ohne zusätzliche Flexibilisierung der Arbeitsschichten.

Und dabei gibt es in den USA und in Fernost nun wirklich all das reichlich, was nach hiesiger Ansicht die Arbeit immer knapper und folglich Arbeitszeitverkürzung angezeigt erscheinen lassen müßte. So eifertig wie die Japaner und die Amerikaner führte niemand bislang jene neuen Techniken ein, denen hierzulande nachgesagt wird, sie verkürzten den „Vorrat“ an Arbeit.

Japan und die USA gelten heute als die eigentliche Heimat der Roboter, der Mikrochips; die Bundesrepublik dagegen, so melden alle Forschungsinstitute,

fiel im Bereich der Spitzentechnologie zurück. Dennoch schrumpften hier, nicht dort die Stellen auf dem Arbeitsmarkt zusammen.

Auch zusätzliche Stellenbewerber, die angeblich ohne eine Neuverteilung des knappen „Arbeitsvorrats“ ohne Arbeit blieben, gibt es in den USA weit reichlicher als hierzulande. In Deutschland wächst trotz Gastarbeiterrückgang derzeit das Heer der Arbeitsfähigen und -willigen infolge der Rekordgeburtenzahlen der 60er Dekade um weniger als 0,5 Prozent pro Jahr. In USA nahm, was die Angelsachsen „Labour Force“ (die Summe aller Erwerbswilligen) zu nennen pflegen, seit 1970 schon um stolze 2,1 Prozent im Durchschnitt jährlich zu.

Wenn es denn wirklich stimmen würde, was hierzulande viele glauben, wenn wahr und sicher wäre, daß lange Arbeitszeiten die Zahl der Stellen mindern, daß folglich kurze Schaffensfrist Beschäftigung erzeugen könnte, dann müßte alles anders sein, als es tatsächlich ist. Dann müßte die Bundesrepublik Deutschland und nicht die Vereinigten Staaten, nicht Japan Beschäftigungswunder ausweisen können. Denn bei der Arbeitszeitverkürzung ist dieses Land schon längst ein Spitzenreiter in der Welt.

Um genau 127 Stunden ist die tarifliche Jahresarbeitszeit in Deutschland zwischen 1970 und 1982 mit vollem Lohnausgleich verringert worden. Deutsche Arbeitnehmer haben nur noch 1772 Jahresstunden und damit nächst den Belgiern die kürzeste Tarifarbeitszeit in der industrialisierten westlichen Welt abzu-leisten. Die Japaner dagegen schaffen 2101, die Amerikaner 1904 Normalstunden im Jahr ohne Überzeit.

Und auch die Lebensarbeitszeitverkürzung, derzeit von Deutschlands Arbeitgeber und Regierung, dazu von einigen Gewerkschaften als besseres Modell gepriesen, fand schon in reichem Maße statt. Die Erwerbsbeteiligung der 60- bis 65jährigen Deutschen hat sich zwischen 1970 und 1982 fast halbiert.

Daß nicht in Deutschland, vielmehr in USA und in Fernost, wo Arbeitszeitverkürzung kein Programm war, die Zahl der Stellen explodierte, belegt, was auch die Europäer, Deutsche inklusive, schon einmal aus Erfahrung wußten, doch unterdes nicht mehr zu wissen scheinen. Es zeigt, daß weder eine wachsende Zahl an arbeitswilligen Bürgern noch eine neue arbeitssparende Technik ein Unglücksfall sind, der eine Bewirtschaffung der Arbeitszeiten zwingend macht.

Das eine bietet die Chance, mit mehr Hirnen und Händen mehr Güter und Dienste zu schaffen. Und jeder, der arbeiten will, kann auf Dauer zumindest dann irgendeine Stelle finden, wenn der geltende Lohnsatz ein wenig hinter dem zu erwartenden Ertragszuwachs zurückbleibt, so daß sich zusätzliche Einstellungen für die Firmen verlohnen.

Das andere steigert den Nutzen, den Arbeitsmühe je Stunde abwirft, und rückt damit neue, zuvor nicht gehabte Alternativen in die Bereiche der Wahl. Technik, die Arbeit oder auch Kapital oder beides einspart, ist – für die gesamte Gesellschaft zumindest – immer erfreulich, weil sie mehr Einkommen ermöglicht oder mehr Freizeit bei gleichem Verdienst oder Zuwachs bei der Beschäftigung oder anteilig von jedem etwas. Der Fortschritt nämlich ist entgegen mancher Propaganda kein Monster, das die Arbeitsplätze frißt; er kann vielmehr auch neue schaffen – wenn die Arbeitnehmer die Chance zu nutzen wissen.

Der hierzulande populäre Einwand, daß jener Mehrausstoß je eingesetzter Arbeitskraft, den neue Technik möglich macht, dann keine Kunden finde, somit Entlassungen erzwingen, kann leicht entkräftet werden. Denn Technik, die Arbeit einspart, kann Verbilligungen und damit Mehrnachfrage bringen.

Weil jene Branchen, die der Fortschritt packt, bei gleichem zeitlichen Arbeitseinsatz mehr Ware produzieren können, wird ebendiese Ware – wenn nicht gewerkschaftlicher Druck die realen Kosten einer Arbeitsstunde gleichzeitig stark nach oben preßt –, zumindest im Vergleich zu anderen, also relativ viel billiger. Und das wiederum besorgt den Absatz der gestiegenen Produktion.

Denn mit relativ sinkenden Preisen kann die Kauflust der Kunden steigen – und tut es in vielen Bereichen auch, manchmal so kräftig, daß nicht nur die gesamte, dank Fortschritt mit gleichem Arbeitseinsatz mögliche Zusatzproduktion abgesetzt werden kann, sondern noch mehr; dann werden als Folge des Fortschritts nicht nur alle Arbeitsplätze erhalten, sondern neue entstehen.

Selbst wenn die Kundschaft kleinere Preise nun nicht mit höherer Kauflust honoriert, ist dennoch eine Steigerung der Arbeitsstellen denkbar und in der Praxis möglich. Die Branchen, die mittels Technik Arbeitszeit einsparen und folglich (bei gleichen oder nur wenig steigenden Stundenlöhnen) ihre Preise senken, erzielen dann mit der Verbilligung zwar nicht für ihre eigenen Waren, jedoch für andere einen Mehrverkauf. Sie selber produzieren mangels größerer Absatzchancen nur gleiche Mengen wie bisher, und das mit kleineren Belegschaften, entlassen also Leute. Doch andere Zweige erhalten Absatzchancen und nehmen Arbeitskräfte auf.

Denn Kunden, die bei sinkenden Preisen etwa für TV-Anlagen auch nicht mehr Geräte als vorher kaufen, haben durch die Minderausgabe beim Fernseher-Kauf dann Mittel frei zum Erwerb von anderen Produkten oder Diensten. Soweit dadurch für Konsumenten und auch Firmen mehr Dienstleistung erschwinglich wird, ist beinahe sicher, daß dafür weit mehr Beschäftigte benötigt als von den Fortschrittsbranchen gleichzei-

tig ausgeschieden werden. Das schafft dann Arbeitsplatz und Lohn auch jenen unqualifizierten und oft nicht qualifizierbaren Kräften, die in den Fortschrittsbranchen durch Technik überflüssig wurden – vorausgesetzt ihr Lohn steigt, ihrer kleineren Leistung adäquat, deutlich weniger als Facharbeiterlöhne.

Auf diese Art genau ist in Fernost und jenseits des Atlantiks Beschäftigungsgewinn entstanden.

In Amerika wie auch in Japan blieb der Zuwachs der realen Arbeitskosten stets hinter dem Produktivitätsanstieg zurück. Die US-Arbeitnehmer haben mit Bescheidenheit beim Lohn auch noch jenen schädlichen Effekt der hohen Realzinssteigerungen kompensiert, die durch das seit 1982 stark angewachsene Budgetdefizit hervorgerufen wurden. Die japanischen Arbeitsarmeen glichen mit bescheideneren nominalen Zuwächsen den Umstand aus, daß der Yen im Verlauf der 70er Jahre kräftig aufgewertet, japanische Waren auf den Weltmärkten also nicht mehr billigst verkauft werden konnten. Zugleich spreizte sich in beiden Ländern die Lohnstruktur.

In Westdeutschland dagegen ist von 1970 bis 1981 zwar die Produktivität je eingesetzter Arbeitskraft in der Gesamtwirtschaft um insgesamt 34 Prozent gewachsen: Die realen Arbeitskosten je Beschäftigten aber sind im gleichen Zeitraum durch mehr Barlohn, mehr Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, mehr Arbeitgeberbeitrag für Soziales um 37 Prozent hinaufgetrieben worden. Die Löhne der Ungelernten stiegen kräftig mit.

Erst 1983 ist das Verhältnis zwischen Lohn- und Leistungsziffern ein wenig gebessert worden; durch einen kleinen Rückgang der realen Arbeitskosten (seit 1980 um 0,6 Prozent), vor allem aber dadurch, daß die Firmen noch mehr von den teuren, aber wenig leistungsstarken Ungelernten entließen und damit die Durchschnittsproduktivität der noch verbliebenen Belegschaften anhoben.

Wieso in Deutschland nun die Lehre umgeht, wonach die Produktivität der Wirtschaft allzu hoch und nur mit Arbeitszeitverkürzung vom Fraß der Stellen abzuhalten sei, ist angesichts der Zahlen unerfindlich. Denn wäre der Warenausstoß je Arbeitskraft weniger angestiegen, so hätte der hohe Zuwachs der realen Arbeitskosten noch wesentlich böse Folgen gehabt. Ohnehin schon sank im Bereich der industriellen und handwerklichen Verarbeitungsfirmen anders als in USA und Japan die Zahl der Erwerbstätigen: von 1970 bis jetzt um 3,4 Millionen und damit um 33 Prozent. Das Dienstleistungsgewerbe, in Fernost und jenseits des Atlantiks ein großes Auffangbecken, nahm in dem gleichen Zeitraum nur 765 000 neue Leute auf und hat ansonsten einfache Fertigkeiten rationalisiert, um sich die teuren Ungelernten zu ersparen.

Die Daten aus den USA und Japan einerseits und Deutschland auf der anderen Seite belegen nur die sehr alte Weisheit, daß nicht die Arbeitszeiten, sondern die Arbeitskosten das Ausmaß der Beschäftigung bestimmen.

Heute hören viele das in Deutschland nicht mehr gerne. Und jene, die es dennoch auszusprechen wagen, werden dann zur Strafe als Arbeitnehmerfeinde denunziert. Doch Sympathie mit Arbeitnehmern, Erinnerung an ihr einst schweres, jedoch nun längst nicht mehr so böses Los kann Logik nicht ersetzen. Ein Wirtschaftswissenschaftler mag mit den Arbeitnehmern fühlen und ihre Weigerung, den Lohn der Leistung anzupassen, verstehen – „doch wissenschaftliche Integrität gebietet ihm bekanntzugeben“, so schrieb einmal John Maynard Keynes, „daß diese Weigerung nichtsdestoweniger der Grund des Übels ist“.

Dabei ist nachzutragen: Die Steigerung der Arbeitsplätze in USA und in Fernost ist nicht infolge von viel Macht, der Stellschwund in diesem Lande nicht etwa wegen Schwäche der Gewerkschaften entstanden. Eher war es dann schon umgekehrt.

Deutschlands Gewerkschaften sind im Vergleich zu ihren US- und Fernostschwwestern mächtig. Mit einem Organisationsgrad von 42 Prozent und dem Recht, praktisch allgemein verbindliche Tarife für die Gesamtverdienste aller abzuschließen, waren sie zumindest in einem Punkt weit erfolgreicher als Amerikaner und Japaner. Sie haben von dem Vorteil, den der Fortschritt brachte, mehr in bar und bargeldwertem Nutzen für die jeweils Beschäftigten reklamiert – um den Preis, daß deren Zahl sich reduzierte.

Ein zweiseitiges Monopol am Arbeitsmarkt aus Arbeitgeber- und Gewerkschaftsfunktionären, bei dem angestellte Manager auf beiden Seiten die Löhne machen und damit Schicksale verhängen, die sie nicht treffen, ist folglich – jedenfalls für Arbeitslose – nicht das Ideale. Nicht Monopol, mehr Konkurrenz am Arbeitsmarkt schafft Solidarität mit Stellungslosen.

Weder eine Wochenarbeitszeit- noch eine Lebensarbeitszeitverkürzung kann diese Solidarität und viele Stellen schaffen. Und selbst die Flexibilisierung der Arbeitszeiten, von den Arbeitgebern als Königslösung angepriesen, bringt auch nur dann mehr Jobs, wenn der dadurch mögliche Produktivitätszuwachs nicht völlig durch mehr Barlohn oder auch mehr Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich verzehrt wird.

Ausgeschlossen ist es, daß jene teuere Frühverrentung, die nun den Namen „Vorruhestand“ erhielt, außer Schäden irgend etwas stiftet. Das jetzt von Bonn geplante Vorruhestandsgesetz, nach dem die Unternehmen einen großen Teil der Kosten tragen sollen, wird nur mehr Mittfünfziger zu Dauerarbeitslosen machen.

Auch eine drastische Verkürzung der Wochenarbeitszeit – ob mit, ob ohne Lohnausgleich – ist teuer. Wenn sie ganz ohne Lohnausgleich stattfinden sollte, müßten die Arbeitnehmer die Kosten in Gestalt erheblich verkleinerter Gesamt-, aber gleichbleibender Stundenverdienste tragen. Eine Politik, bei der die Verdienste gekürzt und die Stellen rationiert sind wie nach dem Krieg Brot und Fett, wäre sinnvoll wirklich nur in einem Fall: wenn jeder zwar Arbeit, aber niemand auf der Welt das dabei entstehende Geld und Gut mehr haben wollte. Das einzig zuverlässige Indiz für einen solchen Zustand ist bisher nicht gesichtet worden:

Massenhafte Bitte von satten „Workaholics“ (Arbeitssüchtigen) um Kürzung des Gehalts bei gleicher, möglichst noch bei Mehrarbeit – das zählt nicht zu den Sorgen, die Wirtschaft und Gesellschaft in irgendeinem Land der Erde plagen. Denn die Wünsche der Menschen waren, sind und bleiben wohl auch immer wie in dem Märchen von der Fischersfrau unbegrenzt.

Was jetzt in Deutschland umgeht, ist ohnedies nur eine Wiederkehr des alten Irrtums, daß eine fixe Zahl an Arbeitsplätzen von Gott, dem Schicksal oder sonstwem vorgegeben, Massenarbeitslosigkeit folglich einzig und allein verursacht sei durch eine zu große Masse an Arbeitssuchenden. Das aber ist – so schrieb einmal Joseph Alois Schumpeter – „die allerprimitivste unter allen Unterbeschäftigungstheorien“.

Rezepte, die – gegründet auf der Lehre vom fixen Arbeitsfonds – eine Umverteilung aller Stellen anempfehlen, müssen in Deutschland freilich schon daran scheitern: Jene, die nach den bisher vorgelegten Plänen weniger Stunden schaffen oder vorzeitig in Pension gehen sollen, sind zu mehr als zwei Drittel hochqualifizierte Facharbeiter oder qualifizierte Angestellte. Die Arbeitslosen aber, die an ihre Stellen treten sollen, besitzen häufig die nötige Fertigkeit nicht: Über 58 Prozent sind völlig unqualifiziert.

Was darüber hinaus noch bei nicht kostenneutraler Verkürzung der Schaffensfristen geschieht, das zeigt ein historisches Experiment. In Frankreich wurde 1936 nach einem Streik der CGT, der größten Gewerkschaft des Landes, die Wochenarbeitszeit von 48 auf 40 Stunden mit vollem Lohnausgleich verringert. Die Folgen: Die Beschäftigung in Frankreich lag anders als in allen anderen europäischen Ländern 1936 und 1937 noch unter dem Stand zur Zeit der Weltwirtschaftskrise (1929–1932). Die CGT verlor hinterher vier Fünftel ihrer fünf Millionen Mitglieder.

SPIEGEL Essay
